

Postulat Fraktion GLP/JGLP (Matthias Egli, GLP): Jobsharing und Teilzeitarbeit auch für Kadermitarbeitende, sowie Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ermöglichen

Die Arbeitswelt verändert sich laufend. Teilzeitarbeit und Jobsharing werden zunehmend von Frauen und Männern aller Generationen nachgefragt. Diese Veränderung ist eine Herausforderung und eine grosse Chance zugleich. Fortschrittliche Unternehmen haben dies erkannt und reagieren auf diesen Trend, indem sie vermehrt flexible Arbeitsmodelle anbieten.¹ Sie gestalten diese Veränderung aktiv, um Know-how zu sichern, Fachkräftemängel zu reduzieren, Talente in unterschiedlichen Lebenssituationen anzuziehen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Der Begriff Jobsharing bezieht sich auf zwei oder mehrere Angestellte, die sich eine Vollzeit-Arbeitsstelle mit voneinander abhängigen Aufgaben und mit einer gemeinsamen Verantwortung teilen. Das Spezifische des «Topsharings» bezeichnet ein Jobsharing in Positionen mit hoher Verantwortung, die auch Mitarbeiterführung einschliesst.² Das Potential von Teilzeit und Topsharing umfasst neben der Arbeitgeberattraktivität und der Vereinbarkeit auch die Vorteile von gesteigerter Kompetenz, der Eingliederung von jungen Mitarbeitenden und höherer Produktivität.

Im Moment sind es vor allem Firmen, denen Vereinbarkeit wichtig ist, die auch bei Kaderpositionen auf Teilzeit- und Topsharing setzen. Auch die Politik und die Verwaltungen als Arbeitgeberinnen müssen jetzt reagieren. Es soll Kaderangestellten dank Teilzeiterwerb und Jobsharing besser möglich sein, auch Verantwortung in anderen Lebensbereichen wie zum Beispiel in der Familie wahrzunehmen. Ähnliche Modelle sollen auch für Exekutivämter ermöglicht werden.

Beim Topsharing für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte geht es um weit mehr als um die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben. Mit dem neuen Modell wird ein Generationenmix gefördert. Das Amt des Gemeinderats wird dadurch auch Personen zugänglich gemacht, welche die erforderlichen hohen Qualifikationen und Erfahrungen aufweisen, aber keine Jobs, die über das klassische Fulltime-Job-Modell hinausgehen, annehmen können oder möchten.

Jobsharing oder Teilzeiterwerb in Exekutivämtern wären eine Neuheit in städtischen Exekutivämtern und die Stadt Bern würde dadurch eine dringend benötigte Vorreiterrolle einnehmen.

Wir bitten den Gemeinderat:

1. Jobsharing für den Gemeinderat zu prüfen und in einem Bericht darzulegen, welche verschiedenen Modelle für Jobsharing in Exekutivämtern geeignet wären und unter welchen Rahmenbedingungen (Wahlprozedere, Rücktritte, Gremien und Beschlüsse, Vergütung etc.) diese funktionieren können
2. Teilzeitpensen für den Gemeinderat zu prüfen und in einem Bericht darzulegen, welche verschiedenen Modelle für Teilzeit in Exekutivämtern geeignet wären und unter welchen Rahmenbedingungen diese funktionieren könnten
3. Jobsharing für Kaderangestellte zu prüfen und in einem Bericht darzulegen unter welchen Rahmenbedingungen die Stadt als Arbeitgeberin Topsharing einführen oder weiter ausbauen kann
4. Aufzuzeigen unter welchen Voraussetzungen Teilzeitarbeit bei Stadtangestellten möglich ist und ob generell Teilzeitarbeitsstellen für alle Stadtangestellte bei einer Stellenausschreibung in Betracht gezogen wird.

¹ Z.B. die Unternehmen, welche bei der Work Smart Initiative Mitglied sind <http://work-smart-initiative.ch/de/>

² Entwicklung von Jobsharing in der Arbeitswelt 4.0 <http://work-smart-initiative.ch/de/news/blog/entwicklung-von-jobsharing-in-der-arbeitswelt-40/>

Bern, 25. Januar 2018

Erstunterzeichnende: Matthias Egli

Mitunterzeichnende: Claude Grosjean, Sandra Ryser, Maurice Lindgren, Marianne Schild, Patrick Zillig, Peter Ammann